Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat

18. August 2020

Nr. 2020-452 R-630-13 Coronavirus; Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zum Schlussbericht über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage vom 16. März 2020 bis 12. Juni 2020 sowie Antrag zur Änderung der Verfassung des Kantons Uri (Schaffung Notrechtsklausel)

I. Bericht

Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit der Bedrohung durch das Coronavirus im Kanton Uri vom 16. März 2020 bis am 12. Juni 2020 die ausserordentliche Lage erklärt. Zu seiner Unterstützung und zur Bewältigung der Lage hat der Regierungsrat gestützt auf Artikel 6 des Bevölkerungsschutzgesetzes (BSG; RB 3.6201) für diese Zeit den kantonalen Führungsstab KAFUR eingesetzt. Vor und nach dem Einsatz des KAFUR standen die aus Verwaltungsorganisationen gebildeten Sonderstäbe COVID-19 (26. Februar bis 16. März 2020) und COVID-19 EXIT (seit 12. Juni 2020) im Einsatz.

Eine der Hauptaufgaben des KAFUR lag darin, die vom Bund verordneten Einschränkungen im Kanton Uri umzusetzen und hernach die Öffnungsschritte zu begleiten. Der KAFUR traf im Rahmen seiner Kompetenzen eigene Entscheide und bereitete zuhanden des Regierungsrats Entscheide vor, die in dessen Befugnis standen. Bis auf wenige Ausnahmen entsprachen die im Kanton Uri getroffenen Massnahmen den Vorgaben des Bundesrats, die dieser auf dem Verordnungsweg beschlossen hatte.

Vertreterinnen und Vertreter des KAFUR erstatteten dem Regierungsrat regelmässig Bericht über die Entwicklung der Lage, um den Informationsfluss zu sichern. An diversen Lagerapparten nahmen Mitglieder des Regierungsrats als Gäste teil.

Der Regierungsrat legt dem Landrat gestützt auf Artikel 2 Absatz 3 Bevölkerungsschutzgesetz (BSG; RB 3.6201) einen Schlussbericht über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage vor.

Der Bericht zeigt neben der Berichterstattung über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage auch Pendenzen auf (Ziffer 7). Anders als die meisten anderen Kantone kennt der Kanton Uri kein Dringlichkeitsrecht bzw. Notreglementierungsrecht des Regierungsrats auf Verfassungsstufe. Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen in Notlagen sind lückenhaft. Da die notwendigen Massnahmen in der Regel nicht im ordentlichen Rechtssetzungsverfahren erlassen werden können, ist die zeitliche Dringlichkeit nämlich das Hauptproblem der ausserordentlichen Lage. Der vorausschauende Erlass von Recht, wie dies der Kanton Uri mit dem Bevölkerungsschutzgesetz geschaffen hat, genügt nicht.

Denn es ist nicht realistisch, dass der Gesetzgeber vorausschauend entsprechende Grundlagen für alle notwendigen Massnahmen im ordentlichen Recht schafft. Auch genügt es nicht, dass der Regierungsrat in ausserordentlichen Lagen durch das Bevölkerungsschutzgesetz ermächtigt ist, (punktuell) vom Gesetz abzuweichen (vgl. Art. 2 Abs. 2 BSG). Die Bestimmung greift zu kurz, wenn es darum geht, neues Recht zu erlassen. Auch aus rechtsstaatlicher Sicht braucht es eine Verankerung auf Verfassungsstufe. Mit andern Worten fehlt in der Verfassung des Kantons Uri (RB 1.1101) eine Notrechtsklausel, wie sie der Bund und die meisten Kantone kennen. Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat daher mit diesem Bericht den Antrag, das Instrument der dringlichen Rechtssetzung auf Stufe Kantonsverfassung zu schaffen. Dabei soll der Urner Regierungsrat in Artikel 90 Absatz 3 Verfassung des Kantons Uri ermächtigt werden, zeitlich befristete Noterlasse zu beschliessen. Diese sind sobald als möglich dem Landrat zu unterbreiten, der über ihre weitere Geltung und Befristung entscheidet. Die Erläuterungen zur Revision finden sich unter Ziffer 7 des Schlussberichts.

II. Antrag

Gestützt auf diese Überlegungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Vom Schlussbericht über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage vom 16. März 2020 bis 12. Juni 2020, wie er in der Beilage 1 enthalten ist, wird Kenntnis genommen.
2. Die Änderung der Verfassung des Kantons Uri, wie sie in der Beilage 2 enthalten ist, wird zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

Beilagen

- Schlussbericht über die Bewältigung der ausserordentlichen Lage vom 16. März 2020 bis 12. Juni 2020 (Beilage 1)
- Änderung der Verfassung des Kantons Uri (Schaffung «Notrechtsklausel») (Beilage 2)
- Synoptische Darstellung der Änderung «Notrechtsklausel» (Beilage 3)